**Markus Ferber (PPE).** – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Eigentlich kommt einem ja alles das, was wir jetzt in den Paradise Papers lesen können, wie ein Déjà-vuvor: trickreiche Steuersparmodelle, Briefkastenfirmen, zwielichtige Anwaltskanzleien, die sich auf legale, semilegale und auch illegale Praktiken im Steuerbereich spezialisiert haben.

Das kennen wir alles längst. Wir hatten zwei Sonderausschüsse, einen Untersuchungsausschuss und die Praktiken sind bekannt. Wir werden weitere Leaks haben, weil auch andere Anwaltskanzleien irgendwann mal gehackt werden. Natürlich ist es nicht besonders überraschend, dass es bei Applebybesonders die britischen Überseegebiete betrifft. Das ergibt sich aus dem Klientel, das von dieser Anwaltskanzlei auch vertreten wird.

Es geht jetzt nicht darum, auf das nächste Datenleak zu warten, sondern es geht darum, endlich zu handeln. Wir kennen die Mechanismen, und deswegen, Herr Kommissar, hoffe ich schon, dass wir die schwarze Liste für Steueroasen und Geldwäschehochburgen bekommen, damit wir an der Stelle endlich arbeiten können.

Ich möchte aber auch dafür werben, dass wir uns innerhalb der Europäischen Union mit den Fragen der Steuerschlupflöcher beschäftigen. Es kann nicht sein, dass auch innerhalb der Europäischen Union ein unfairer Steuerwettbewerb zwischen Mitgliedstaaten stattfindet. Ich kann die Mitgliedstaaten nur ermuntern, eine Vielzahl von Vorschlägen, die wir jetzt auch im Panama-Untersuchungsausschuss erarbeitet haben, aufzugreifen und umzusetzen.

Es kann ja nicht sein, dass hier Steuervergünstigungen gewährt werden, die zulasten anderer Mitgliedstaaten gehen. Ich sage schon ganz deutlich: Wer mit dem Finger auf andere Länder zeigen will, der muss sein eigenes Haus sauber aufgeräumt haben. Ansonsten ist er unglaubwürdig. Deswegen, Herr Kommissar, erwarte ich auch, dass hier entsprechende Vorschläge gemacht werden, damit wir unsere internen Probleme in der Europäischen Union endlich auch mal gelöst bekommen und nicht immer nur mit dem Finger auf andere Jurisdiktionen außerhalb der Europäischen Union zeigen.